



GLEICHEN Rundschau

LIEBE MITBÜRGERINNEN UND MITBÜRGER,

ein aufregendes Jahr 2010 neigt
sich dem Ende zu.

Das Thema Schule hat uns alle sehr bewegt.
Die jetzt getroffene Entscheidung finde ich



Ulrike Benstem, Vorsitzende

persönlich ent-
täuschend und
sie ist m. E.
auch nicht sach-
gerecht getrof-
fen worden.
Wichtig ist mir,
dass wir jetzt
verstärkt die
Kinder im Blick
behalten.

Ein aufregendes Jahr liegt vor uns!
Der demografische Wandel ist in aller
Munde. Hier ist es mir ein Anliegen nicht nur
von Verlust zu sprechen, sondern zu
schauen, wie wir eine qualitätvolle
Veränderung in Gang setzen können.

- Welche Stärken haben die einzelnen
Dörfer und wie können wir diese
ausbauen?
- Wo kämpfen einzelne mit nur wenigen
Personen ums „Überleben“. Hier könnten
dörferübergreifende Zusammenschlüsse
eine gemeinsame Bereicherung sein.
- Wo können Jung und Alt sich gegenseitig
noch besser unterstützen?
- Welche Unterstützung braucht die
Gemeinde vom Land um z. B. Investition
in erhaltenswerte Gebäude fördern zu
können?

Inhalt:

Ulrike Benstem, Jahresrück- und Jahresvorblick	1
Thomas Oppermann, Gesundheit wird teurer	2
Was gehört zu einer guten Schule?	3
Schuldiskussion beendet?	4
Abschlussfeier Julius-Club 2010	5
Wendebachsee scheint gerettet	6
Unfallschwerpunkt Landstraße L569	7
Der Visionär	7

Aus den Dörfern:

Groß Lengden

Dorfplatz statt matschiger Bolzplatz	8
--------------------------------------	---

Bremke

Das Oktoberfest in Bremke	8
---------------------------	---

Kerstlingerode

Energetische Sanierung der Turnhalle	10
--------------------------------------	----

Klein Lengden

Genehmigung für den Bau des Spiel- und Bolzplatzes erteilt	10
---	----

Aus dem Kreistag:

Südumgehung Göttingen	11
-----------------------	----

Vom Bundesparteitag:

Außerordentlicher SPD-Bundesparteitag	11
---------------------------------------	----

Ehrungen

12

Impressum

12



Nächstes Jahr werden ein neuer Gemeinderat, Kreistag und auch neue Ortsräte gewählt. Hier wünsche ich mir, dass mehr Mitbürgerinnen und Mitbürger die Chance ergreifen mitzureden und mitzugestalten. Die Politik bestimmen wir mit unserer Stimme. Mischen Sie sich ein!

Zu guter Letzt wünsche ich Ihnen eine schöne Weihnachtszeit und einen guten Rutsch ins neue Jahr! Genießen Sie die Kerzenzeit!

Ulrike Benstem

Gesundheit wird teurer

Ein Jahr FDP in der Bundesregierung bedeutet:

Gesundheit wird teurer, die Versorgung aber nicht besser. Der Beitragssatz wird von 14,9 Prozent auf 15,5 Prozent angehoben. In Zukunft werden steigende Gesundheitskosten über den Zusatzbeitrag allein von den Arbeitnehmern getragen. Die paritätische Finanzierung der Gesundheitskosten wird zu Grabe getragen, der Einstieg in die unsolidarische Kopfpauschale durch die Hintertür vollzogen. Nicht zuletzt: Merkel und Westerwelle sind der Wahl-Lüge überführt. Sie haben „mehr Netto“ versprochen. Stattdessen müssen alle Versicherten der gesetzlichen Krankenkassen mehr zahlen.

Wahlgeschenke an die PKV

Es werden Wahlgeschenke an die privaten Krankenversicherungen umgesetzt: Der Wechsel aus der Gesetzlichen in die Private Krankenversicherung wird erleichtert. Schon im ersten Jahr können leistungsstarke Versicherte, die mehr als 4.162 Euro verdienen, in die PKV wechseln. Bislang war dies erst nach drei Jahren über der Verdienstgrenze möglich. Die GKV fürchten nun, dass sie dadurch schon bereits im nächsten Jahr bis zu 500 Millionen Euro Beitragseinnahmen verlieren werden.

Außerdem sollen die Rabatte, die die GKV mit den Pharmaherstellern immer wieder langwierig aushandelt, auch für die PKV gelten. Die Wahlfreiheit der GKV-Versicherten soll massiv eingeschränkt werden. Die GKV darf in Zukunft keine Wahlleistungen mehr zusätzlich anbieten, dies soll der PKV vor-

behalten sein. Röslers Gesundheitspolitik übernimmt so Kundenakquise und Vertrieb für die PKV. Der Wechsel des PKV-Lobbyisten Weber ins Gesundheitsministerium hat sich sehr schnell bezahlt gemacht.

Geschenke für die Pharmahersteller

Ein weiteres Lobbygeschenk für die Pharmaindustrie. Noch nie wurde auf dem Rücken der gesetzlich Krankenversicherten so offenkundig die Pharmaindustrie beschenkt. Rösler selbst hat großmundig Einsparungen im Arzneimittelbereich als oberstes Ziel ausgegeben. Die zwei Milliarden Euro, die er mit dem neuen Modell der Nutzenbewertung einsparen will, sind aber eine reine Phantasiesumme. Denn im ersten Jahr nach der Zulassung können die pharmazeutischen Hersteller die Preise für Arzneimittel mit nachgewiesenem Zusatznutzen weiter völlig frei festsetzen. Auf der Grundlage dieser Mondpreise sollen dann Verhandlungen mit dem GKV-Spitzenverband über einen Erstattungspreis stattfinden. Die Hersteller wären dumm, wenn sie ihren Aufwand für zusätzliche Studien, die für die Nutzenbewertung nötig sind, und die zu erwartenden Rabatte nicht im Einstiegspreis berücksichtigen würden. Damit steigen die Preise im ersten Jahr sogar. Am Ende aller Verhandlungen wird im günstigsten Fall ein heute bereits üblicher Preis stehen. Billiger werden neue Arzneimittel so jedenfalls nicht.

Patienten müssen mehr zahlen

Völlig inakzeptabel ist die Einführung einer Mehrkostenregelung bei den Rabattverträgen. Damit sollen Patienten andere Arzneimittel wählen können als jene, über die ihre Krankenkasse Rabattverträge geschlossen hat. Die Mehrkosten müssen die Patienten selbst zahlen. Diese Regelung suggeriert, rabattierte Arzneimittel seien schlechter als andere - was nicht zutrifft. Die Regelung bestellt das Feld für ein anderes Vorhaben der Regierung: die generelle Einführung von Mehrkostenregelungen. Dies wäre der Einstieg in ein System von Grund- und Wahlleistungen, mit dem sowohl das Solidar- und Bedarfsprinzip als auch das Sachleistungsprinzip ausgehebelt würden.

Thomas Oppermann

Was gehört zu einer guten Schule?

Eine Schulvergleichsstudie belegt,

dass in Niedersachsen – nach Bayern und Baden-Württemberg – die Chancen eines Akademikerkindes mehr als fünfmal höher sind, ein Abitur zu machen als bei einem Facharbeiterkind. Wohl gemerkt: bei gleicher Begabung. Diese große Abhängigkeit von der sozialen Herkunft ist und bleibt beschämend.

Der SPD-Niedersachsen geht es hier – wie in der gesamten Bildungspolitik – darum, wie wir mit den individuellen Bildungschancen unserer Kinder umgehen, die auch immer Teilhabechancen sind. Es geht aber auch um die Frage, wie wir die Zukunftsfähigkeit unseres Landes gestalten wollen und welche Antwort wir auf den demografischen Wandel geben.

Die Landesregierung und die sie tragende CDU/FDP-Koalition haben über Jahre hinweg alle unsere Vorschläge reflexartig abgelehnt und sich damit mehr und mehr ins Abseits bugsiert. Nach mehr als sieben Jahren realitätsferner Schulpolitik geht es nicht mehr weiter. Die Wirklichkeit und der Druck von außen zwingen jetzt das CDU-geführte Kultusministerium, sich zu bewegen. Der Erfolg steht aber in den Sternen, denn CDU und FDP „eiern rum“.

Wir haben deshalb ein Konzept erarbeitet, wie eine gute Schule aussehen muss. Die SPD will mehr Qualität auch an den Schulen und wir wollen eine Schullandschaft gestalten, die allen Kindern – in der Stadt und auf dem Land – die Möglichkeit zum Besuch einer weiterführenden Schule eröffnet.

Zu einer guten Schule gehört auch ein Schulsystem, das mit seinen Schulstandorten und seinen Angeboten der Schulabschlüsse landesweit allen Kindern alle Chancen eröffnet:

Nach unserer Überzeugung kann eine regional angepasste und wohnortnahe Schulentwicklung in Niedersachsen nach diesen Vorgaben gestaltet werden, wenn sich bestehende Schulstandorte von Haupt- und Realschulen zusammenschließen und durch die gleichzeitige Angliederung eines Gymnasial-

zuges – regional angepasst und da, wo es gewünscht wird – zu Gesamtschulen weiterentwickeln können. Dabei wollen wir eine hohe Flexibilität und deshalb die Hürde der Fünfüzigkeit bei der Neueinrichtung von Gesamtschulen abschaffen.

Uns geht es schon seit vielen Jahren um unsere Kinder, für die wir die beste Schule am Ort organisieren wollen. Dafür müssen wir aber auch über die Debatte über das Schulsystem und über Schulstandorte hinwegkommen. Wir haben deshalb Vorschläge entwickelt, wie wir zu vernünftigen und guten Schulen kommen. Wir sagen:

Die Schulträger müssen ein regional angepasstes, flexibles und stabiles System vorhalten können, das den Anforderungen einer hohen Qualität, aber auch den demografischen Veränderungen entspricht. Diese rasche Umgestaltung des allgemeinbildenden Schulsystems ist alternativlos. Und das nicht erst seit heute, sondern schon seit Jahren.

Wir lehnen die Sparpläne der Landesregierung für die Schulen ab und wollen Einsparpotenziale durch sinkende Schülerzahlen im System lassen und für die Verbesserung der Qualität nutzen.

Wir sind für die Entlastung von Schulleitungen, für eine bessere Schulsozialarbeit an allen Schulen, für Schulpsychologie und für mehr Beratungslehrkräfte. Das gehört zum Gesamtbild einer „Guten Schule“. Wir brauchen unterschiedliche Profis an einer guten Schule.

Und wir wollen echte, für den Nachmittagsunterricht ausgestattete Ganztagschulen. Der Kultusminister rühmt sich, es gäbe weit über 1000 Ganztagschulen, aber sie sind eben nicht gut ausgestattet und keine gebundenen Ganztagschulen. Auch hier werden die Schulträger allein gelassen. Das Land stiehlt sich aus seiner Verantwortung.

Wir wollen eine Unterrichtsversorgung im vollen Umfang der Stundentafel und die Festsetzung der Klassenobergrenze auf 24 Schülerinnen und Schüler. Dafür brauchen wir mehr Lehrkräfte. Das ist teuer. Da wir nichts versprechen, was wir nicht halten können, brauchen wir einen realistischen und auch finanzierbaren Stufenplan. Der

Stufenplan legt sinnvolle Schritte hin zu kleineren Klassen fest.

Eltern sind die besten Experten ihrer Kinder. Eltern sollen selbst entscheiden, welche Schule ihr Kind besuchen soll. Wir halten am Elternwillen fest.

Wir wollen mehr Zeit zum Lernen für alle Kinder. Das gehört für uns zu einer „Guten Schule“. Wir wollen an der Gesamtschule das Abitur nach 13 Jahren erhalten. Das Turboabitur muss dort weg. Eltern müssen die Wahl haben, ob ihre Kinder das Abitur nach 12 oder nach 13 Jahren ablegen wollen. Manche Kinder brauchen mehr Zeit. Denn jedes Kind ist einzigartig. Es gibt deshalb Kinder, die schaffen ihr Abitur in 12 Jahren und andere eben in 13 Jahren.

Deshalb noch einmal: Lasst uns die Chancen des demografischen Wandels nutzen. Wir haben immer weniger Menschen. Deshalb müssen wir uns um diese umso intensiver bemühen!

Also lautet ein Beschluss, dass der Mensch was lernen muss. (Wilhelm Busch)

Schuldiskussion beendet?

Seit gut drei Jahren ist das Thema „Grundschulen“ in Gleichen bestimmend:

in Arbeitskreisen, Workshops, Podiumsdiskussionen, einer Zukunftswerkstatt im Waldschlösschen, der Klausur mit Prof. Veith, Zeitungsartikeln, Leserbriefen und vielen vielen Gesprächen.

Seit dem 22.09.2010 steht fest: Eine Schule wird zugemacht - Eltern sind über Politik enttäuscht - die Gemeinde ist in ihren Grundfesten erschüttert.

Was ist falsch gelaufen, was hätte man besser machen können?

Ausgehend von den rückläufigen Geburtenzahlen und einer zurückgehenden Zuwanderung junger Familien nach Gleichen hat der Gemeinderat sich der Aufgabe gestellt, eine zukunftsfähige Lösung für die Grundschulen zu finden.

Im ersten Arbeitskreis wurden Szenarien erarbeitet. Ein Szenarium mit künftig drei Standorten wurde von der SPD aufgegriffen und als Antrag 2009 eingebracht. Dabei sollten die GS Kerstlingerode, Groß Lengden und entweder Diemarden oder Reinhausen weiter bestehen bleiben (eine eigene Untersuchung zu den beiden Standorten war vorgesehen). Dies fand keine Zustimmung im Rat. Weitere interfraktionelle Gespräche ergaben keine gemeinsame Vorgehensweise.

Als Möglichkeit, eine Entscheidung mit einer breiten Mehrheit zu treffen, hatte der Verwaltungsausschuss der Gemeinde Gleichen beschlossen, dass der Gemeinderat unter Moderation von Herrn Professor Veith auslotet, ob ein gemeinsamer Weg gefunden werden kann.

Insgesamt haben von November bis Februar 2010 drei Klausurtagungen stattgefunden. (Ergebnisse s. u. www.gleichen.de). Vor Abschluss der Klausur wurde am 09.02.2010 ein gemeinsamer Antragsentwurf von der CDU/FDP/BsP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vorgelegt: mit der Zielsetzung, die Grundschule Reinhausen zu schließen. Dabei fanden die bis dahin erarbeiteten Kriterien und Einschätzungen von Prof. Veith keinen Eingang. Mit tiefer Enttäuschung, dass man einen gemeinsamen Weg so vorsätzlich verlassen und auch auf Kompromissangebote nicht eingehen wollte (Kostenvergleich Reinhausen / Diemarden / Neubau, auch die Entscheidung insgesamt zu verschieben), muss man jetzt zur Kenntnis nehmen, dass zwei Dörfer durch ignorante Politik gegen einander aufgehetzt wurden und für die Gleichener Kinder kein Zugewinn an Bildungsbedingungen kommen wird.

Anders als zunächst beantragt, erfolgt keine Fusion von zwei Grundschulen, sondern die einseitige Aufhebung der Grundschule Reinhausen und zwar jahrgangswise. Auch wenn Frau Dornieden (CDU, Diemarden) immer noch von einem Zusammenschluss auf Augenhöhe spricht, ist das doch lächerlich. Alle berechtigten Belange der Eltern von der Fortführung des RIK-Konzeptes, über Umweltbildung mit dem RUZ, sicheren Bustransport, Umsetzung für alle Kinder in

einem Zuge 2013, wurden arrogant und un-diskutiert auf der Ratssitzung vom Tisch ge-wischt.

Auch ist es merkwürdig, wenn DIE GRÜ-NEN von Kriterien einer guten Schule spre-chen und gleichzeitig sagen: Die Schule in Diemarden ist vollkommen ausreichend.

Zitat aus dem Zwischenruf, Frühjahr 2009: *Nicht die Standortdebatte, sondern die Erar-beitung inhaltlicher Qualitätsmerkmale einer Schule der Zukunft sind die zentralen Her-ausforderungen. Wir können es uns nicht leisten jetzt Standorte zu schließen und möglicherweise in die falschen Lösungen zu investieren. Wir können aber nicht noch ein paar Jahre warten. Wir haben jetzt eine gro-ße Chance und sollten sie nutzen:*

Die Schule der Zukunft sollte haben: Erwei-terungsmöglichkeiten 6 jährige Primarschu-le; Geschlossener Ganztagsbetrieb; Kleinere Klassenstärke max. 24 Kinder; Küche mit Mensa; Raumkonzept; Ausreichend Flä-chengröße; Klassenräume auch für Klein-gruppenarbeit; Labor / Werk / Kunstraum Computerräume; Zeitgemäße Sanitäranla-ge; Raum mit Bühne/Musikraum für Theater und sonstige Darbietung; Schüler- und Lehrerbibliothek; Flächen für Erweite-rungsoptionen.

Dazu sind aus der Aufstellung von Prof. Veith die räumlichen Beschreibung der Grundschulen Reinhausen und Diemarden zu vergleichen.

Der Eindruck bleibt: DIE GRÜNEN wollten eine neue Schule von Anfang an und wollen sie noch immer! Da es nicht auf dem direk-ten Weg machbar war, versucht man es durch die Hintertür.

Man wird beim Brandschutz in Reinhausen etwas einsparen durch Entwidmung von Räumen in Höhe von vielleicht 17.000 €? **Doch zu welchem Preis?** Was wird uns diese Entscheidung zukünftig noch kosten?

Was hätte man besser machen müssen?

- Die Kinder immer in den Vordergrund stellen
- Kirchturmdenken nicht akzeptieren
- Sparen nicht um jeden Preis

- Die Ergebnisse der Klausur mit Prof. Veith stärker mit den Eltern diskutieren
- Nur eine Entscheidung mit großer Mehr-heit akzeptieren
- Gemeindliche Entwicklung von Anfang an betrachten

Was macht die SPD jetzt?

Die SPD wird respektieren, dass es einen mehrheitlichen Ratsbeschluss gibt. Sie wird nicht akzeptieren, dass bei den Kindern ge-spert wird.

Die SPD wird durch die Investition in Be-treuungs- und Bildungseinrichtungen auch künftig den Schwerpunkt auf die Wahrung der Attraktivität der Gemeinde Gleichen le-gen.

Die SPD wird die weitere Schulentwicklung konstruktiv begleiten und Nachnutzungs-möglichkeiten unterstützen.

Wir werden den Arbeitskreis Bildung aktiv unterstützen, denn wir brauchen weiterhin engagierte Eltern und Pädagogen, die ihre Kompetenz mit einbringen, um das Thema Bildung in Gleichen positiv nach innen und außen zu besetzen.

"Ich erziehe meine Tochter antiautori-tär, aber sie macht trotzdem nicht, was ich will." (Nina Hagen)

ACHTUNG TERMIN VORMERKEN!

Die neue Oberschule, Mogelpackung oder Chance für den ländlichen Raum?

Darüber wollen wir am **12.1.2011** um **20 Uhr** im **Büttnerhaus in Reinhausen** (Kirchberg 12) mit unserer Landtagsabgeordneten **Gabi Andretta** diskutieren.

Abschlussfeier Julius-Club 2010

Bücherei Reinhausen

Am 10.08.2010 fand die Abschlussfeier des Julius-Club 2010 der Bücherei Reinhausen statt.

Der Julius Club ist ein Projekt der VGH-Stiftung Hannover und der Büchereizentrale Niedersachsen und wird vom Land Niedersachsen gefördert. 40 Bibliotheken in Niedersachsen haben an dem Projekt teilgenommen, welches in der Zeit vom 10.06.2010 bis 10.08.2010 stattgefunden hat. Es ist bereits zum vierten Mal ein Leseförderungsprogramm für 11-14 Jährige während der Sommerferien gewesen.

Abschluss des Julius-Club 2010 der Bücherei Reinhausen



Aus einer Auswahlliste von 100 Titeln konnten die Jugendlichen Bücher ausleihen und bewerten. Für mindestens 2 gelesene und bewertete Bücher wurde das Julius Diplom vergeben und für mindestens 5 gelesene und bewertete Bücher ein Vielleser-Diplom.

Die Bücherei Reinhausen konnte **7 Julius-Diplome und 4 Vielleser-Diplome** an die stolzen Julianer vergeben. Für die kleine ländliche Bücherei ist der Julius-Club ein tolles Programm gewesen, und das Ergebnis, gemessen an großen Stadtbibliotheken, kann sich bestimmt mehr als sehen lassen.

Während der Laufzeit des Julius-Club fanden auch 3 Veranstaltungen statt:

1. Vorlesezeit, Spiele und Grillen mit dem Ortsrat Reinhausen, z. B. balancieren mit Büchern (auf einer Art Schwebebalken) oder Holzscheit-Weitwurf;
2. Plakatmalerei mit Pastellkreiden (hiervon bekam jeder Julianer bei der Abschlussfeier ein gedrucktes Plakat mit allen gemalten Bildern). Das Pla-



kat wurde mit einem Preis ausgezeichnet.

3. Mystische Waldwanderung mit dem RUZ Reinhausen und dem Hurkut Gleichen e. V. (u. a. konnten die Jugendlichen bunte Bänder in einen Kummer- und Sorgen-Baum sowie einen Wunsch-Baum binden, ein kleines Amulett erstellen und sind dem Eremiten „Hurkut“ begegnet.

Die Jubu-Crew (Jugendbuch-Crew) Göttingen konnte für die Auftaktveranstaltung gewonnen werden mit der Vorstellung von zwei Book-Slams und hat ein Julius-Club-Treffen mit begleitet.

Wendebachsee scheint gerettet

Unterschriftenaktion erfolgreich!

Mitten im Sommer erreichte uns die Hiobsbotschaft, dass das Land den Wendebachsee zurückbauen und trotz zwischenzeitlich erfolgversprechender Verhandlungen mit dem Zweckverband Wendebachstausee nun doch die alte Zwei-Seen-Lösung umsetzen wollte.



SPD weiterhin aktiv am Wendebachstausee !

Schon zwei Tage später standen wir am See und haben eine Unterschriftenaktion für den Erhalt des Sees gestartet. Mit Unterstützung quer durch alle Parteien, der Friedländer, des DLRG, vieler Privatleute und letztlich auch des Göttinger Tageblattes haben wir 4400 Unterschriften (GT davon 1200) gesammelt.

Unser Dank geht an alle, die mitgeholfen haben!

Die Unterschriftenliste haben wir dem Umweltminister Herrn Sander überreicht. Er hat uns versprochen, den See zu erhalten. Auch alle Fraktionen im Landtag haben ihre Unterstützung zugesagt.

Der dem Umweltministerium unterstehende Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz (NLWKN) hält bisher an seiner ca. 5,2 Mill. Euro teuren Lösung der Sicherung des Dammes für ein 5000-jähriges Hochwasser fest. Auch der Zweckverband hatte zwischenzeitlich ein Planungsbüro mit der Erarbeitung eines Lösungsvorschlages beauftragt. Dieser würde 3,4 Mill. Euro kosten. Wenn das NLWKN bei seinem Vorschlag bleibt, muss der Landtag zusätzlich 2 Mill. Euro für die Maßnahme bewilligen.



v. l. Holzapfel, Benstem, Diebel-Geries, Kuhlmann, Sander, Koch, Schermann, Friedrichs
Foto: Göttinger Tageblatt, U.Schubert

Bleibt nur zu hoffen, dass die Versprechen eingehalten werden. Gilt das Ministerwort?

Wir bleiben am Ball!

P.S.: Vor ein paar Tagen war nun im GT zu lesen, dass der See definitiv gerettet ist. Manfred Kuhlmann hatte zuvor unsere Landtagsabgeordneten angeschrieben und an den Wendebachsee und das Versprechen erinnert.

Wenn ich den See seh', brauch ich kein Meer mehr! (Volksmund)



Unfallsschwerpunkt Landstraße L569

Häufung der Unfälle auf der Duderstädter Landstraße L569!

Zwischen der Einmündung nach Diemarden und der Einfahrt nach Kl. Lengden gibt es seit einiger Zeit vermehrt schwere Verkehrsunfälle - besonders bei Regenwetter oder feuchter Straßenoberfläche. Beteiligt sind immer PKWs und leider kommt es dabei auch zu Zusammenstößen mit entgegengerichteten Fahrzeugen und infolgedessen zu verletzten Personen.



Eine Ursache könnte die Aufhebung der Geschwindigkeitsbeschränkung nach der Einmündung nach Diemarden sein und dadurch bedingt zu hohe Geschwindigkeit in den beiden Kurven am Westerberg.

Eine zweite Ursache könnte der Straßenbelag in dem genannten Kurvenbereich sein (nicht ausreichend griffig).

Eine dritte Ursache könnte mangelnder Regenwasser-Abfluss von der Straßenoberfläche in den beiden Kurven sein.

Als Sofortmaßnahme sollte die Landesbehörde eine durchgehende Geschwindigkeitsbeschränkung auf 70 km/h wieder einführen und ferner im Interesse der Sicherheit der VerkehrsteilnehmerInnen eine Mängeluntersuchung durchführen.

Gerold Kunz,
Ortsbürgermeister von Diemarden

Der Visionär

Stellt Euch vor, unsere jungen Leute können die Erfahrung vom Dienst „Mensch am Men-

schen“ nicht mehr machen (Abschaffung des Zivildienstes).

Stellt Euch vor, Rentner sollen nach einem langen Erwerbsleben noch zusätzlich „Zivildienst“ leisten, um das dort entstandene Personaldefizit zu kompensieren.

Stellt Euch vor, dass durch die Erhöhung des Renteneintrittsalters junge Menschen keine feste Anstellung mehr bekommen.

Stellt Euch vor, dass junge Arbeitnehmer, wenn überhaupt, nur noch Zeitverträge abschließen können und durch diese Unsicherheiten keine Familien mehr gegründet werden.

Stellt Euch vor, dass der Generationenvertrag einfach auf den Kopf gestellt wird und die Alten mit ihren Renten zukünftig die Arbeitslosen finanzieren müssen.



Stellt Euch vor, Bildung wird teurer und zeitlich kürzer und dass dadurch viele Absolventen der Hochschulen mit einem riesigen Schuldenberg sowie dem ersten Burn-out-Syndrom in das Berufsleben starten.

Könnt Ihr Euch vorstellen, Frau Merkel regiert so noch 20 Jahre und das hat keine Konsequenzen?

Aus den Dörfern

Groß Lengden

Dorfplatz statt matschiger Bolzplatz

Seit vielen Jahren war die Sanierung des matschigen Bolzplatzes auf dem Spielplatz ein dringendes Anliegen der Schule und des Orsrates von Groß Lengden. Da der Platz vormittags von der Schule als Sport- und Pausenplatz und nachmittags als offener Spielplatz sehr viel genutzt wurde, war vom Rasen seit Jahren nichts mehr zu sehen.



Einweihungsfest des neuen Dorfplatzes mit multifunktionalem Spielfeld

Jetzt ist der Platz auf Initiative des Orsrates grundlegend saniert und zu einem „Dorfplatz“ für Jung und Alt umgestaltet worden. Der matschige Bolzplatz wurde zu einem Tartan- Spielfeld für Fuß- und Basketball, Badminton und Volleyball umgebaut. Ein runder Holzpavillon mit artenreicher Dachbegrünung dient als „Grünes Klassenzimmer“ für die Grundschule sowie als Treffpunkt und Veranstaltungsplatz für kleinere Feste. Eine Steinreihe kann als Sitztribüne genutzt werden.

Zur Einweihungsfeier am 3. September lobte der Ortsbürgermeister das große Engagement der Dorfbevölkerung bei der Realisierung des Projektes: „Wenn alle an einem Strang ziehen und dabei in die gleiche Richtung, kann Vieles erreicht werden“, so Thiery. Der Gemeindevorsteher Heinz Jürgen Proch wies auf die mit weniger als einem Jahr einmalig kurze Planungs- und Umsetzungsphase des 40.000 € teuren Projektes hin.

Das Projekt wurde durch den Ort, die Gemeinde, die Regionalförderung Leader sowie die Niedersächsische Umweltstiftung Bingo finanziert.

Bremke

Das Oktoberfest in Bremke

Interview der Gleichen Rundschau mit dem 1. Vorsitzenden des Sportvereins Bremke, Herrn Stefan Dietrich:

GR: Lieber Herr Dietrich, das Oktoberfest in Bremke ist ja schon fast eine Institution und

ein schönes Beispiel, was Bürger für Bürger für unser Gemeinwesen erreichen können.

Dietrich: Wir haben vor etwas mehr als 10 Jahren einmal überlegt, etwas (zunächst für den Ort) Ungewöhnliches zu planen. Ein Fest, wie es sonst nur im Süden Deutschlands gefeiert wird – ein Original-Oktoberfest wie im Zelt auf der Theresienwiese.

Gesagt – getan. Wir wollten natürlich so authentisch wie möglich herüberkommen, und haben uns daher entschieden, unsere Veranstaltungshalle ganz in blau-weiß zu schmücken. Das gelang uns mit der Unterstützung eines Papierrollen-Herstellers, dessen Bahnen wir über die Tischreihen und unter die Decke spannten.



Eine verwegene Idee, denn niemand konnte in etwa erahnen, ob diese Art und Weise überhaupt Anklang findet. Sie fand Anklang! Sonnabend und Sonntag fanden sich genug Besucher ein, vielleicht auch nur, weil sie neugierig waren, um im Nachhinein sagen zu können: Jawohl, darauf können wir aufbauen.

10 Oktoberfeste später schauen wir zurück, und können stolz sein. Stolz auf die Entwicklung, stolz auf die vielen Helfer, vor allem stolz auf die vielen Besucher in der gesamten Zeit, die uns die Treue halten - und immer mehr kommen dazu.

Das Oktoberfest Bremke ist eine feste Größe geworden. Mittlerweile nicht mehr nur für den Ort oder die Gemeinde, sondern auch für die Region. Der Freitag ist als Tag für die Jüngeren dazugekommen (420 Besucher in diesem Jahr), der Sonnabend ist der Abend für echte Oktoberfest-Fans (550 Besucher),

und der zünftige Sonntag für die ganze Familie mit Hax'n und Blasmusik unserer Gleichen Musikanten (300 Besucher).

Längst ist auch eine große Münchener Brauerei vom Nockherberg auf uns aufmerksam geworden, welche die passenden Gersensaft-Produkte liefert.

Es dauert ca. 4 Wochen und 30 Helfer, um das ganz eigene Festhallen-Flair mit eigener Tanzbühne, eigener „Brennerei“ und Biergarten in Szene zu setzen. Eine eigene Währung, den „Oktoberfest Bremke-Taler“ gibt es seit letztem Jahr auch.

Des Weiteren stellen wir einen günstigen Shuttle-Service zur Verfügung, der unsere Gäste sicher nach Hause bringt.

GR: Sicherheit auf dem Oktoberfest in Bremke war letztes Hauptthema in einem Artikel im Göttinger Tageblatt.

Dietrich: Ja, leider war dieser Bericht völlig aus dem Zusammenhang gerissen. In der Festhalle sorgt seit Jahren ein erfahrener Sicherheitsdienst dafür, dass nichts passiert. Wir versuchen alles, damit während der Veranstaltung keinerlei Reizpunkte entstehen. Um das zu erreichen, werden auch Hausverbote ausgesprochen. Allerdings unterschätzt manch einer die Wirkung der Stammwürze des Oktoberfest-Bieres!

GR: Wie macht das Oktoberfest Bremke auf sich aufmerksam?

Dietrich: Wir haben neben der üblichen Plakatwerbung ein eigenes Logo, eine eigene Internet-Seite (www.Oktoberfest-Bremke.de) und eine eigene Fan-Bewegung.

Prominente Gäste waren auch schon zu sehen, so unter anderem Basketballer der BG, Hollywood-Produzenten und Göttinger Star-Gastronomen.

Um das Oktoberfest auch weiterhin interessant zu halten, überlegen wir uns ständig neue Überraschungen. Für das nächste Jahr planen wir, aber das verrate ich doch lieber nicht, sonst wäre es ja keine Überraschung mehr.

GR: Bei solch einem Erfolg scheint sich auch der Aufwand zu rechnen?

Dietrich: Ja, der Überschuss kommt allerdings zu 100 % der Gemeinnützigkeit, also dem Sportverein zu Gute!

GR: Wir wünschen dem Oktoberfest in Bremke weiterhin viel Erfolg und empfehlen natürlich allen Gleichenern die Teilnahme.

Herr Dietrich, vielen Dank für das Gespräch!

Kerstlingerode

Energetische Sanierung der Turnhalle

Im Rahmen seiner Sommerreise, besuchte Thomas Oppermann in der Gemeinde Gleichen u. a. die Turnhalle in Kerstlingerode.



Turnhalle Kerstlingerode: Besuch von Thomas Oppermann

Für rd. 445.000 € wurde die Turnhalle Kerstlingerode saniert und auf heutigen energetischen Stand gebracht. 336.000 € Zuschussmittel sind dafür aus dem Konjunkturpaket II – Förderschwerpunkt Kommunale Sportstätten – aus Bundes- und Landesmitteln geflossen. Knapp 110.000 € mussten aus Gemeindemitteln aufgebracht werden. Die jetzt warm eingepackte Turnhalle wird künftig die Gemeinde Gleichen bei den Heizkosten entlasten, die neu und modern ausgestatteten Duschräume helfen Wasser zu sparen und die neuen Deckenstrahler bringen die Wärme dorthin, wo sie hingehört – auf den Boden und nicht an die Decke.

Komplettiert wird die Maßnahme durch den Einbau und die Modernisierung der Heizung in der Gartetalschule, die bei einem Kostenaufwand von rd. 62.000 € mit rd. 56.000 €

aus den Pauschalmitteln des Konjunkturpaketes gefördert wird.

Wenn Turnen einfach wäre, würde es Fußball heißen!

Klein Lengden

Genehmigung für den Bau des Spiel- und Bolzplatzes erteilt

Nachdem bereits in der letzten Ortsratssitzung durch Bürgermeister Proch angekündigt wurde, dass nach Aussage des Landkreises alle Voraussetzungen für eine Baugenehmigung für den neuen Spiel- und Bolzplatz vorlägen, war die schriftliche Erteilung dann nur noch das erwartete i-Tüpfelchen. Nun kann es also losgehen, und es besteht die Hoffnung, dass unsere Kinder und Jugendlichen endlich auf einem ihnen zustehenden und von allen gewünschten Ort spielen und bolzen können. In der Baugenehmigung gibt es einige Auflagen zum Lärmschutz, die evtl. zu Einschränkungen in den Betriebszeiten des Spiel- und Bolzplatzes führen können. Aber dieses wird sich regeln lassen. Jetzt geht es erst einmal darum, einen zeitlichen Ablaufplan zu erstellen und Fördermittel zu beantragen. Weiterhin muss dringend ein gemeinsames Treffen der Gemeinde, des Ortsrates und der Feuerwehr stattfinden, damit auch die Löschwasserentnahmesituation zur Zufriedenheit geklärt wird. Wie bekannt ist, soll der Feuerlöschteich mit Erde aufgefüllt werden. Weiterhin muss besprochen werden, wie die Eigenleistungen des Ortes sowie die des Sportvereins anzusetzen sind. Wichtig ist auch die Beteiligung von BürgerInnen des Ortes, um die Spielplatzgestaltung fantasievoll und mit aktiver Arbeitsbeteiligung von Klein Lengder Menschen durchzuführen. Der Ortsrat würde sich freuen, wenn sich jetzt schon Aktive melden. Es geht schließlich darum, in einer Zeit knapper Mittel eine gute Lösung für unsere Kinder und Jugendlichen zu schaffen und damit auch dorfwert „an einem Strang“ zu ziehen und dabei Spaß zu haben.



Aus dem Kreistag

Südumgehung Göttingen

Fortschreibung des Regionalen Raumordnungsprogramms für den Landkreis Göttingen (RROP)

In der letzten Sitzung des Kreistages stand der Entwurf des Raumordnungsprogramms für den Landkreis Göttingen auf der Tagesordnung. Der Entwurf sollte beschlossen werden, damit die Beteiligung der Träger der öffentlichen Belange (also auch Gemeinden und Städte) und die Öffentlichkeit zu dem Entwurf Stellung nehmen können.

Eine längere Diskussion ergab sich bei der - für die Gemeinde Gleichen wichtigen - Frage der Streichung der Südumgehung. Es fand sich schließlich eine breite Mehrheit für die Streichung, da es bei der Bürgerbefragung der Stadt Göttingen eine eindeutige Ablehnung der Südspange gegeben hat. Es macht aber keinen Sinn, eine Straße in dem Programm zu haben, um das Gewissen zu beruhigen, die so jedoch nie gebaut wird.

Die SPD Gleichen hält die Verkehrsführung im Süden der Stadt Göttingen nach wie vor für verbesserungswürdig. Aus unserer Sicht ist eine Südumfahrung der Stadt auch weiter erforderlich.

Der Kreistagsabgeordnete Manfred Kuhlmann forderte daher in der Debatte, dass Stadt und Landkreis ein Verkehrsgutachten in Auftrag geben sollen. Hieran sollte sich auch der Bund beteiligen, denn es sei erforderlich, die Verlagerung der Verkehrsmengen, die sich durch den Vollausbau der Autobahnanschlussstelle Mengershausen ergeben, zu erforschen, da sich dadurch auch die Verkehrsströme erheblich ändern würden.

Es ist daher ganz natürlich, dass Stadt und Landkreis ein gemeinsames Interesse haben, dass aussagefähige Daten rechtzeitig auf dem Tisch liegen, um darauf reagieren zu können. Jeder, der morgens im Stau steht um zur Arbeit oder zur Schule zu kommen

wird verstehen, dass sich etwas ändern muss, so Kuhlmann.

Die Straße des geringsten Widerstandes ist nur am Anfang asphaltiert. (Hans Kasper)

Vom Bundesparteitag

Außerordentlicher SPD-Bundesparteitag am 26.09.2010 in Berlin

Jürgen Wilde war für unseren Ortsverein als Gast dabei:

In einer scharfen Rede hat der Parteivorsitzende Sigmar Gabriel seine Genossen auf sich eingeschworen. Gnadenlos rechnete er mit der schwarz-gelben Regierung und der „Kanzlerin der Konzerne“ ab. In seinen Ausführungen kritisierte er die Lobbyisten-Politik im Bundeskanzleramt, den Atomkompromiss, die Gesundheitsreform und die aktuelle Harz IV Debatte. Dieses schäbige Spiel wird die SPD nicht mitmachen, teilte er der Versammlung mit.



Hans-Jochen Vogel, Jürgen Wilde, Ehrhard Eppler

Der frühere Finanzminister Peer Steinbrück warb auf dem Parteitag für eine stärkere Rolle des Staates, um künftig Finanzkrisen zu vermeiden. Abschließend warb der Parteivorsitzende dafür, die sozialdemokratischen Werte und Prinzipien wieder in den Mittelpunkt der Politik zu rücken.





Der Vorstand der SPD Gleichen informiert:

Anlässlich unseres diesjährigen Grünkohllessens am 6.11.2010 wurden folgende Mitglieder durch die Vorsitzende des Ortsverbandes Gleichen, Ulrike Benstem, geehrt:

- für 25-jährige Mitgliedschaft:
Bärbel Homann, Reinhausen; Gabriele Wandt, Groß Lengden
- für 30-jährige Mitgliedschaft:
Hermann Schneemann, Gelliehausen; Werner Lormis, Gelliehausen



Gabriele Wandt, Hermann Schneemann, Bärbel Homann, Werner Lormis, Ulrike Benstem

Impressum

- Herausgeber** : SPD-Ortsverein Gleichen
Verantwortlich : Ulrike Benstem, Waldstr. 16, 37130 Gleichen; Tel.: 05592-283; ulrike.benstem@web.de
Redaktion : Jörg Dietrich-Munzel, Regina Naumann, Ulrike Benstem, Brigitte Wagener
Bärbel Diebel-Geries, Manfred Kuhlmann, Edith Rohmoser, Jürgen Wilde,
Heinz Jürgen Proch
Auflage : 3.900